

**Von:** Ernst Gumrich

**Gesendet:** Dienstag, 17. November 2015 20:23

**An:** Palmer, Boris, Universitätsstadt Tübingen

**Cc:** Rudi Hurlebaus; 'Joachim Christoph'; 'Martin Soekler'; 'Dietmar Schöning'; Gerlinde Strasdeit; 'Jürgen Steinhilber'; hans daempf vogt

**Betreff:** Vorlage 305/2015

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Palmer,

Die Fraktionen von CDU, FDP und CDU haben gemeinsam am Wochenende die Vorlage 305/2015 besprochen. Wir fassen in der Anlage zusammen, in welcher Weise die Vorlage „Fortschreibung der Tübinger Klimaschutzoffensive“ umgearbeitet werden müsste, damit unsere Fraktionen (zunächst CDU und TL) zustimmen können. Mit der FDP besteht nach der Diskussion eine ähnliche Generalrichtung der Änderungswünsche, eine Endabstimmung über das beigefügte Papier konnte aber aus Zeitgründen noch nicht stattfinden. Mit Blick auf den Termin am Donnerstag wollten wir Ihnen das Papier rechtzeitig zuleiten.

Wir wollen engagierte Ziele im Klimaschutz gerne mit Ihnen und einer möglichst geschlossenen Mehrheit des Gemeinderats verfolgen. Wir wissen auch, dass wir sie erreichen müssen, um wenigstens hier in Tübingen die Voraussetzungen für eine Annäherung an die globalen Klimaziele zu schaffen.

Wovon wir gemeinsam als Fraktionen aber gar nichts halten, ist ein enorm engagierte Ziel „25 % CO<sub>2</sub>-Einsparung“ für die nächsten 8 Jahre eindeutig vorzugeben, bei den Maßnahmen aber nicht erkennbar werden zu lassen, wie dies in seinen Schwerpunkten erreicht werden kann. Die Vorlage enthält bisher eine fleißige Sammlung vieler denkbarer Maßnahmen völlig unterschiedlicher Signifikanz. Dabei wird nicht im Ansatz erkennbar, was wichtig ist. Die Anlage führt das weiter aus.

Der weitere und zentral wichtige Kritikpunkt an der Vorlage: Manches ist politisch noch nicht entschieden. Diese in der Anlage erwähnten einzelnen Punkte sollten entsprechend unter den Vorbehalt gestellt werden, „sofern sich hierfür im Gemeinderat die Mehrheiten finden lassen“. Sonst bindet die Zustimmung zu den Klimaziele alle Fraktionen politisch und dies in bisher offenen Teilfragen.

Letztlich fehlen in dem Papier ein paar Punkte, unter anderem das klare Bekenntnis, dass ein Teil der angestrebten Einsparungen durch moderne und im Betrachtungszeitraum marktfähig werdende neue Technologien (im Bereich Digitalisierung, Sensorik, E-Mobilität und deren Äquivalente, Speichertechnik etc.) geleistet werden muss. Hier würden wir uns dieses Eingeständnis und ein klares Bekenntnis wünschen, solche technologische Entwicklung proaktiv zu nutzen und ihrer Akzeptanz nach Kräften durch lokale Maßnahmen Vorschub zu leisten.

Die gemeinsam erarbeitet Anlage enthält weitere Punkte. Sie sehen daraus, dass wir gerne das generelle Ziel mit einer breiten Mehrheit des Gemeinderats unterschreiben möchten. Hierfür erwarten wir aber eine glaubhafte Beschreibung des Weges dorthin. Die vorliegende Vorlage könnten wir nicht mittragen.

Mit besten Grüßen

Rudi Hurlebaus

Ernst Gumrich

Tel. Wohnung: 07071 566 90 33

Tel. Büro: 07071 566 9162

Mobil: 0170 353 8162

**Die Fraktionen der CDU, FDP und Tübinger Liste  
bitten um Überarbeitung der Beschlussvorlage 305/2015 mit folgenden Maßgaben:**

**1. Höhe des Klimazieles überdenken, messende Kontrolle wenigstens andenken**

Zwischen 2006 und 2014 (8 Jahre) wurden die CO2 Emissionen um 20 % und der Energiebedarf um 14 % /EW gesenkt. Zwischen 2014 und 2022 (8 Jahre) sollen die CO2 Emissionen um 25 % gesenkt werden. In mindestens zwei Bereichen wurden die (immer leichteren) Anfangserfolge bereits kräftig eingefahren (*energetische Sanierung eigener und GWG Gebäude, Umstellung SWT auf regenerative Energie*). Der weitere Ausstieg ist deutlich schwerer und teurer. Zum Teil enthält das Konzept zudem weiterhin Ansätze, die derzeit wegen der Strompreise nicht marktgängig sind (*und daher meist stillstehen, wie z.B. die erdgasbetriebenen Kraft-Wärmekopplungsanlagen der SWT*) und daher zumindest auf Zeit sogar Erfolge wieder reduzieren. **Wir geben daher zu bedenken:** Das Ziel erscheint hoch gesetzt. Realistische Ziele (20%) wären vorzuziehen.

Dem Papier fehlen jegliche Hinweise darauf, dass und wie wir eine messende Erfolgskontrolle gewährleisten wollen. Was nicht laufend gemessen und kontrolliert wird, wird in der Regel auch nicht erreicht.

In beiden Anregungen sehen wir allerdings keinen Knackpunkt.

**2. Ein sinnvolles Programm beschreibt vor allem die großen Stellhebel und die Richtung.** Die Vorlage ist bisher ein „mixed bag“ aus Trivialem und Wichtigem.

Die Vorlage priorisiert die Vorschläge überhaupt nicht nach ihrer quantitativen Wirkung. Es sollte zumindest erkennbar sein, wo die Verwaltung die Einspareffekte gewichtet erwartet und worauf sie sich daher von ihren Prioritäten konzentriert (*natürlich immer vorbehaltlich neuer Einschätzungen bei technologischen Sprüngen*)

Das Programm zählt in den bereits angelaufenen und geplanten Maßnahmen auch einzelne Punkte auf ohne erkennbaren oder irgendwie signifikanten CO2 Reduzierungseffekt (*die zwar per se aus anderen Gründen sinnvoll sein könnten, aber hier nicht hineingehören*) z.B.

- Ein sicheres Rad für jedes Kind (denn die Alternative dazu ist zu Fuß gehen oder Bus)
- Abfrackprämie Kleinkrafträder

Man kann solche Punkte auf dem internen Arbeitszettel behalten. In so einem Papier verwässern sie die Glaubwürdigkeit.

**3. Zum Teil wären die genannten „Maßnahmen“ allenfalls unter einer generellen Überschrift „Werben für Energieeinsparungen“ zu fassen.** Gleichberechtigt neben echten Einsparmaßnahmen sind sie irreführend.

Dazu zählen wir z.B.:

- Kostenlose BAFA Energieberatung
- Einbindung Neubürgerinnen und Neubürger
- Klimapakt Tübingen
- Effizienzberatung für Unternehmen

Wir sind gegenüber diesen Formen der Erwachsenenenerziehung generell weniger optimistisch. Gegen einem Nachsatz in der Vorlage als eine Ideenaufzählung: „*Die Verwaltung wird für die Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger bei der Erreichung der Klimaziele u.a. durch die folgenden Maßnahmen werben. Dazu gehören: ...*“ ist nichts einzuwenden.

**4. Einige Punkte sind unter einen ausdrücklichen Vorbehalt entsprechender Beschlüsse des Gemeinderats zu stellen** (oder wie bei der Innenstadtstrecke der Regionalstadtbahn, einer Bürgerbefragung)

Formal besteht der Genehmigungsvorbehalt ohnehin. Da hier aber ein politischer Entscheid über die wesentlichen Punkte des Konzeptes gefasst wird, muss auch der politische Vorbehalt dort angesprochen sein, wo Vorbehalte gegen einzelne Punkte bestehen oder eine Festlegung auf verbundene oder bereitzustellende Kosten heute noch nicht politisch getroffen werden kann. Sonst steht die Zustimmung zu dem Beschluss politisch der Zustimmung zu den meisten oder allen Maßnahmen nahezu gleich.

Dazu gehören:

- Zweckbindung der Konzessionsabgabe
- Stellplatzsatzung
- Ticketfreier Nahverkehr

**5. Das Programm ist an mindestens drei Punkte nach unserer Einschätzung deutlich zu dünn und bedarf der kräftigen Nachbesserung:**

- **Es wird zwar an zwei Punkten über die E-Mobilität gesprochen** (E-Flotte bei der Stadt und Pedelec-Offensive). Damit greift es diese große Chance nicht angemessen auf. Dazu gehören alle Formen der E-Mobilität (oder möglicher Alternativen wie Brennstoffzellenfahrzeuge) **Die Erwähnung von angedachten Anreizsystemen (*Ladeinfrastruktur, bevorrechtigte Routenzulassung, Parkmöglichkeiten etc.*) gehört zwingend dazu.**
- **Völlig neue Formen der Shared Mobility, neue Formen von Public Transportation mit hoher Flexibilität und Individualisierung sowie neue Formen der Shared Economy generell werden weltweit inzwischen in der Nähe der Marktreife bzw. aktiv im Markt getestet.** Sie spielen in diesem Konzept noch nicht einmal mit der Andeutung eines Interesses der Stadt Tübingen eine Rolle, hier aktiv zu beobachten, bei bietender Gelegenheit sogar eine Vorreiterrolle spielen zu wollen oder gar ein Testfeld für einzelne Formen zu werden. Dabei sitzen doch führende Unternehmen in diesen Feldern z.T. ganz in unserer Nähe. Ohne die Unterstützung durch diese technologischen Durchbruch-Entwicklungen (*und den im vorstehenden Punkt genannten Marktdurchbruch der E-Mobilität*) halten wir die gesetzten Ziele für ohnehin vollkommen illusorisch.
- **Der größte CO2-Verursacher Verursacher, die Wärmeenergie wurde bisher nur im Feld der öffentlichen (und GWG) Gebäude wirksam angegangen.** Dort geht bald das Futter (oder die Gelder für diese großen Investitionen der letzten Jahre) aus. Hier fehlen Aussagen und Ideen, wie zukünftig der Sanierungsrückstau beim privaten Haus- und Wohnungsbestand in Angriff genommen, wie sie zur Sanierung mobilisiert bzw. bestehende Sanierungs- und Energiesparhemmnisse reduziert werden können. Stichworte: Altstadtsanierung, Nutzungsbegrenzungen Dachgeschosse, Verbot von PV-Anlagen in der Kernstadt aber auch Rückgewinnung der Zentralität von Tübingen und Vermeidung von Verkehr durch günstigen Wohnraum im Stadtgebiet.